



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

—

Fraktion DIE LINKE

Frieden statt Kriegstreiberei

Antrag Fraktion AfD - Drs. 8/3858

Der Landtag wolle beschließen:

Russische Aggression verurteilen, Verhandlungen statt Waffenlieferungen vorantreiben, Kriegsdienstverweigerer unterstützen

1. Der Landtag von Sachsen-Anhalt stellt fest: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt eine massive Verletzung des Völkerrechts dar. Er erschüttert die europäische Friedensordnung, beschleunigt die globale Aufrüstung, führt zu zehntausendfachem Tod und millionenfachem Leid vor allem auf der Seite des überfallenen Staates.
2. Unter diesen Bedingungen ist ein kooperatives Miteinander mit dem Aggressor, unabhängig von seiner ökonomischen Bedeutung, gleichzusetzen mit der Anerkennung des Rechts des Stärkeren statt dem Völkerrecht und der Akzeptanz und Befürwortung des Krieges als Mittel der Durchsetzung vermeintlich nationaler Interessen.
3. Der Verlauf des über zweijährigen Krieges in der Ukraine hat deutlich werden lassen, dass eine militärische Lösung ausgeschlossen bzw. in weite Ferne gerückt ist. Vor diesem Hintergrund führen die Debatten um die Lieferung immer neuer Waffensysteme an die Ukraine nicht zu einer Beendigung der kriegerischen Handlungen und versperren vielmehr den Weg für notwendige Initiativen für Verhandlungen.
4. Vor dem Hintergrund der Gefahr einer Ausweitung des Krieges und der drohenden weitgehenden Zerstörung der Ukraine bedarf es neuer Initiativen mit dem Ziel eines sofortigen Waffenstillstands seitens der Bundesregierung und der Europäischen Union.

5. Der Landtag begrüßt, dass sich der Bundestag mehrheitlich gegen einen Export von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine positioniert hat.
6. Der Landtag fordert die Bundesregierung darüber hinaus auf, Waffenexporte weitestgehend einzuschränken und in Krisengebieten grundsätzlich zu untersagen.
7. Einen wirklichen Beitrag zur Schwächung der militärischen Handlungsfähigkeit Russlands kann die Bundesrepublik Deutschland durch die Aufnahme von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern leisten, was die Bundesregierung im Gegensatz zu umfangreichen Waffenlieferungen an die Ukraine nach wie vor ablehnt.

Begründung

erfolgt mündlich.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz